

Frau Präsidentin
Martha Schultz
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Zu Punkt **8.29**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes
vom 25.6.2026

Wien, am 03.06.2026

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich am 25. Juni 2026

EU-Verpackungsverordnung aussetzen, verschieben und entschärfen – keine neue Bürokratie- und Straflawine gegen Österreichs Betriebe!

Österreichs Wirtschaft befindet sich in einer Phase stagnierenden Wachstums und einer anhaltend schwachen Konjunktur. Anstatt die Betriebe spürbar zu entlasten, rollt mit der neuen EU-Verpackungsverordnung (Packaging and Packaging Waste Regulation, kurz PPWR – Verordnung (EU) 2025/40) bereits die nächste massive Belastungswelle auf den heimischen Standort zu. Was von der Politik als Maßnahme zur Abfallvermeidung getarnt wird, entwickelt sich in der betrieblichen Realität zu einem umfassenden Regulierungs-, Kontroll- und Bürokratiemonster.

Die PPWR greift tief in das Herz unserer Wirtschaft ein und bedroht unzählige Branchen: Von der Gastronomie, Hotellerie und dem Tourismus über den Handel, den E-Commerce und die Logistik bis hin zur Lebensmittelproduktion, der Kunststoffverarbeitung und dem klassischen Gewerbe. In einer Zeit, in der Österreichs Unternehmen ohnehin mit exorbitanten Lohnnebenkosten, steigenden Preisen, Fachkräftemangel und sinkender Kaufkraft kämpfen, ist das Aufbürden neuer Pflichten, Verbote, Leerraumbegrenzungen und unkalkulierbarer Strafrisiken wirtschaftspolitisch absolut verantwortungslos.

Besonders inakzeptabel ist, dass wesentliche praktische Detailfragen, Leitlinien und Auslegungen auf EU-Ebene noch überhaupt nicht geklärt sind. Dennoch wird von den Betrieben verlangt, bereits jetzt teure Prozesse umzustellen. Wieder einmal sind es die kleinen und mittleren Unternehmen, Kleinstbetriebe und Familienbetriebe, die die Zeche zahlen sollen. Während Großkonzerne diese Flut an Vorschriften mit eigenen Compliance-Abteilungen abfedern können, bedeutet jede zusätzliche Pflicht für den KMU-Bereich unmittelbare Existenzangst. Kreislaufwirtschaft darf nicht zur reinen Bürokratiwirtschaft mutieren. Die Wirtschaftskammer Österreich muss als echte Interessenvertretung endlich eine klare politische Gegenposition einnehmen und dieses Gesetz aktiv bekämpfen, anstatt nur Informationsblätter zu verteilen!

Die Freiheitliche Wirtschaft fordert daher:

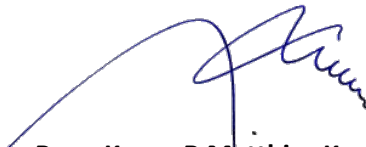
- **Aussetzung und Verschiebung der Anwendung:** Keine neue Pflichtenkaskade für Betriebe, solange wesentliche Detailfragen, Durchführungsrechtsakte und Leitlinien auf EU-Ebene nicht vollständig geklärt sind.

- **Grundlegende Entschärfung der Verordnung:** Radikale Überarbeitung aller praxisfernen Vorgaben zu Wiederverwendung, Leerraumbegrenzung und Einwegverboten, die unverhältnismäßige Kosten und Haftungsrisiken verursachen.
- **Keine nationale Vorleistungspflicht:** Österreichische Betriebe dürfen nicht gezwungen werden, Investitionen zu tätigen oder Systeme aufzubauen, solange die konkrete Vollziehung rechtlich ungeklärt ist.
- **Kein Gold Plating in Österreich:** Absolutes Nein zu zusätzlichen nationalen Verschärfungen, strengeren Strafhöhen oder Sonderwegen. Jeder Spielraum ist kompromisslos zugunsten der Betriebe zu nutzen.
- **Keine Straf- und Kontrolllawine gegen Unternehmer:** Ein klares Ende der Sanktionswut. Es muss der verbindliche Grundsatz gelten: Beratung vor Strafe und Wirtschaftlichkeit vor Kontrolle.
- **Verbindliche KMU-Ausnahmen:** Weitreichende und rechtssichere Befreiungen für Familien-, Klein- und Kleinstbetriebe, die über keine eigenen Rechts- und Compliance-Strukturen verfügen.
- **Branchenbezogene Belastungsanalyse:** Verpflichtende Vorlage einer umfassenden Folgenabschätzung für alle betroffenen Branchen vor jeder nationalen Umsetzung oder Begleitregelung.
- **Aktive politische Gegenposition der WKÖ:** Ein Ende der bloßen Informationspolitik der Kammer – die WKÖ muss sich aktiv und sichtbar als Schutzwall gegen diese Belastungswelle aufbauen.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Die Präsidentin sowie die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden dringend aufgefordert, sich mit aller Entschiedenheit gegenüber der Bundesregierung, den zuständigen Bundesministerien, den österreichischen Vertretern auf EU-Ebene sowie den europäischen Institutionen dafür einzusetzen, dass die Anwendung der EU-Verpackungsverordnung (Verordnung (EU) 2025/40) in ihrer derzeitigen Form ausgesetzt, verschoben und entlang der von der Freiheitlichen Wirtschaft (FW) definierten 8 Kernpunkte grundlegend entschärft wird, um eine neue Bürokratie- und Straflawine vom heimischen Wirtschaftsstandort abzuwenden.



Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident, Fraktionsobmann



Ing. Markus Schoas
WP-Delegierter



Karl Huber
WP-Delegierter